

Stellungnahme zum Bebauungsplan Göttingen-Grone Nr. 029, 1. Änderung „Gewerbegebiet Siekanger (GVZ)“

VORBEMERKUNG

Wir Leineberger sind empört, dass wir mangels Ortsrat bzw. anderer geordneter Kommunikationswege zwischen der Stadt und uns **immer** erst von Maßnahmen erfahren, die uns unmittelbar betreffen, wenn wir nicht mehr bzw. nur unter erschwerten Bedingungen unsere demokratischen Rechte ausüben können. Wir sind nicht länger gewillt, dies hinzunehmen. Wir wollen nie mehr als Objekte lediglich verwaltet werden, sondern fordern unsere aktive Einbeziehung in allen Angelegenheiten, die uns unmittelbar betreffen oder unsere Interessen tangieren.

Wir bitten den Rat der Stadt Göttingen, die Verwaltung anzuweisen, zeitnah in Abstimmung mit uns entsprechende Strukturen zu erarbeiten.

I Lärmbelästigung durch das o.g. Projekt

Die zu erwartende Lärmbelästigung ist für uns Bürger unzumutbar. Auch wenn man davon ausgeht, dass der Lärm unterschiedlicher Quellen, wie Gewerbe-/Industriebetrieb, Straßen- und Bahnverkehr nicht insgesamt addiert werden darf, sondern jeweils getrennt Beachtung findet, ist es bereits jetzt – ohne das Industriegebiet – sehr wahrscheinlich, dass gesetzlich vorgeschriebene immissionsrechtliche Grenzwerte überschritten werden.

Zwar wurde der Lärmpegel für das Industriegebiet ‚Siekanger‘ durch o.g. Satzung eingeschränkt und kann – wie uns am 07.04.2011 von Herrn Alpei erörtert wurde – wohl auch eingehalten werden, aber die zu Grunde gelegten Werte beziehen sich nur auf den Schallausstoß innerhalb des Gewerbes. Es wurde nicht berücksichtigt, dass bei den vorwiegenden Westwinden Schall aus Süden und Westen in unser Wohnviertel weitergetragen wird und häufig sehr laut wahrzunehmen ist. Dies gilt auch für den Lärm der Autobahn und anderen Straßenverkehr. Konkrete Messungen bei unterschiedlichen Wetterlagen sind nie erfolgt.

Außerdem wurde bislang nur von Durchschnittswerten ausgegangen, es gibt keine Untersuchung bzw. Prognosen zu Spitzenwerten. Durchschnittswerte sind hier allerdings irreführend, denn sie bilden nicht die Wirklichkeit ab. Es ist davon auszugehen, dass die Lärmbelastung in der Zeit von 6:00 bis 17:00 Uhr zulässige Grenzwerte erheblich übersteigen wird.

Schließlich ist der Lärm, den die bestehenden Bahnstrecken bereits verursachen, jetzt schon gravierend. In der Schule muss der Unterricht bei gekippten Fenstern unterbrochen werden, wenn ein Zug vorbeifährt. Bei Westwind, kann man sich draußen nicht mehr in normaler Lautstärke verstehen, wenn ein Zug vorbeifährt. Unsere Wahrnehmungen lassen darauf schließen, dass bereits jetzt die Obergrenzen der Lärmimmissionen, die Züge in einem reinen Wohngebiet verursachen dürfen (59 db(A) tags/49 db(A) nachts), überschritten werden.

Wir brauchen also dringend ein neues Lärmgutachten über den Status quo.

Anm.:

Als Steuerzahler erlauben wir uns folgenden Hinweis. Wenn der geplante Gleisanschluss – der Mittelpunkt dieses Industriegebiets - undurchführbar wäre, und das Gebiet dadurch nicht mehr für Investoren attraktiv wäre, wäre es dann nicht besser, die Fläche in dem neuen Flächennutzungsplan als naturnahes Erholungsgebiet auszuweisen als Millionen in den Sand (hier: Acker) zu setzen?

II Gefahrenabwehr bzw. -verhinderung

(1) Verhinderung von Bodeninstabilitäten

In der letzten Dekade häufen sich in vielen Fällen gravierende Spannungs- und Setzungsrisse in Gebäuden auf dem Leineberg. So zum Beispiel im Gemeindezentrum der Thomaskirchengemeinde. Nahezu jährlich treten dort zentimeterbreite Risse in den Wänden auf.

Nach unserem Kenntnisstand sollen Bodenaktivitäten infolge eines Grundwasserabfalls durch trockene Sommer dafür ursächlich sein. Durch Wassermangel trockne die Lehmschicht aus und werde porös.

Bei der enormen Flächenversiegelung und der tonnenschweren Bebauung (riesige Hallen), die geplant ist, könnten weit massivere Probleme auftreten. Wir befürchten eine weitere drastische Abnahme des Grundwasserpegels, wenn auf dem Siekanger keine Niederschläge mehr versickern können. Wir halten es für wahrscheinlich, dass auf diese Weise unterirdische Kavernen entstehen, die auf Dauer die Last des Bodens nicht tragen können und irgendwann einstürzen. Zu solchen Erdfällen ist es im Bereich Göttingen bereits gekommen.

Wir fordern ein fundiertes geologische Gutachten über Grundwasser, Bodenbeschaffenheit und sonstige Risikofaktoren.

(2) Marode ICE-Trasse

Nicht nur wir, sondern die betroffenen Anwohner in Grone-Süd wissen, dass die ICE-Trasse längst nicht so stabil ist, wie es den Anschein hat. So waren z.B. in jüngster Vergangenheit umfangreiche Befestigungsmaßnahmen ca. 300 bis 400 Meter östlich der Siekhöhenallee erforderlich, weil sich in der Basis Wasser gesammelt hatte und die Gleise drohten abzusacken. Durch die geplante Rampe zur Anbindung des Industriegebiets wird die Trasse mit Sicherheit nicht stabiler.

Bitte fordern Sie entsprechende Gutachten und ggfs. Sicherheitsmaßnahmen von der Bahn AG ein.

(3) Schadstoffausstoß

Es wurde kein Gutachten erstellt, das den Schadstoffausstoß von LKWs (also Dieselmotoren) prognostiziert. Bei einem in o.g. Satzung prognostizierten Aufkommen von 1.300 LKW, zuzüglich der Mitarbeiter-PKWs müsste es zu enormen Luftbelastungen kommen – zumal die Wohngebiete in der Hauptwindrichtung liegen. Es ist davon auszugehen, dass die zulässigen Werte überschritten werden.

Wir fordern Sie auf, gesundheitliche Gefahren bzw. Gefahrenquellen von unserem Wohngebiet fernzuhalten.

III Belange des Natur- und Umweltschutzes

Der Umgang der Stadt Göttingen, des Landkreises Göttingen und der Gemeinde Rosdorf mit unseren Mitgeschöpfen ist überaus rücksichtslos. Zuerst wurde schützenswerten Tieren der Lebensraum genommen, als die Tonkuhlen zugeschüttet wurden. Heute Mittag stand noch ein Reiher in einer Pfütze am Boden. Jetzt soll die ohnehin bereits massive Versiegelung von Flächen noch weiter vorangetrieben werden und das auch noch genau am Siekgraben, wo besonders viele Arten beheimatet sind. Wir finden es skandalös, dass die auf der roten Liste aufgeführte Feldlerche, die zudem keine Ausweichflächen finden wird, wo sie überleben kann, und anderer Tiere noch weiter bedroht werden sollen. Die zu erwartende Dauerbeflutung durch Scheinwerfer wird auch die restlichen Tiere noch vertreiben.

Deshalb sagen wir NEIN zu einer Verkleinerung der Ausgleichfläche.

IV Erholungsfunktion der Landschaft

Da die o.g. Satzung dem Siekanger und Umgebung jeglichen Erholungswert abgesprochen hat, sollte es uns eigentlich nicht verwundern, dass die geplante Grünzone (Ausgleichsfläche) nicht für Anwohner begehbar sein soll. Jeder, der die Gegend kennt, weiß dass die Bewohner der angrenzenden Göttinger Stadteile und Rosdorfs dort gern wandern und Rad fahren. Dies gern auch auf der ehemaligen Bahntrasse nach Dransfeld. Die angebotene Alternative auf dem Bahndamm ist nicht gleichwertig. Hier ist kein gesicherter Auf- und Abstieg vorhanden. Für Fahrräder, Jogger, Kinderwagen, Inlineskater, Rollstuhlfahrer ist der Weg nicht benutzbar. Verbunden mit dem Landschaftsbild, das verbaut wird, besteht hier eine deutliche Einschränkung der Erholungsmöglichkeit für Leineberger, Rosdorfer und Groner.

Da entschädigt auch ein Weg entlang des Siekgrabens nicht. Zum einen wollen wir nicht dazu beitragen, die regionale Fauna abzudrängen. Zum anderen bestreiten wir den Erholungswert eines Weges entlang eines Industriegebiets. Der Wegfall eines insbes. für Senioren und Kleinkinder fußläufig erreichbaren Nacherholungsgebiets wird zudem zu einer Steigerung des Verkehrsaufkommens führen, denn diese Personengruppen werden dann alternativ mit dem Auto zum Kieselsee oder in den Stadtwald fahren, bzw. gefahren werden.

Nochmals: NEIN zur Verkleinerung der Ausgleichfläche.

V Finanzielle Aspekte

Gewerbeflächen u.a. am Maschmühlenweg/Richtung Bovenden oder das ehemalige Novopan-Gelände, letzteres sogar mit Bahnanschluss, liegen brach und werden nicht genutzt. Wir denken, dass das auf dem Siekanger auch so kommt.

Die anderen GVZs sind nicht ausgelastet. Zukunftsprognosen gehen von Bevölkerungsrückgang, eingeschränkten Verkehrs- und Warenströmen aus. Vor diesem Hintergrund sollten Planungen erfolgen.

Aber nein, nur um im Poker der Kommunen um die Ansiedlung von Gewerben mitmachen zu können, werden immer neue Areale als Gewerbegebiete ausgewiesen um die ‚Konkurrenz‘ auszustechen und eine möglichst große Angebotspalette vorzuhalten. Natur und Mensch bleiben auf der Strecke. Halten Sie das für nachhaltig?

Wir regen dringend an, Gewerbegebiete im Rahmen regionaler Kooperationen anzubieten. So erreichen Sie stabile Preise und können städtebaulich vereinbar planen und ... Ihre Bürger wählen Sie wieder gern.

Göttingen, 08.04.2011

Bürgerinitiative LEINEBERG